Leonore Schröder

Atomwaffenfrei jetzt! 2016

Im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die sichere und unversehrte Existenz ihrer Bürgerinnen und Bürger treten unter anderen die „**Bürgermeister für den Frieden**“ seit Jahren für den Abzug der verbliebenen Atomwaffen in Deutschland und für die Abschaffung aller Atomwaffen weltweit bis zum Jahr 2020 ein.

Ebenso wichtig ist für sie die Aufkündigung der sogenannten „Nuklearen Teilhabe“ nach dem NATO-Doppelbeschluss.

Sowohl die Lagerung von Atombomben wie auch die „Nukleare Teilhabe“ verletzen internationale Bestimmungen und vertragliche Verpflichtungen Deutschlands und sind damit rechtswidrig:

1. Die Bundesrepublik ist 1975 dem **Atomwaffensperrvertrag** beigetreten. Sie verzichtet damit zur Eindämmung der Atomkriegsgefahr auf Herstellung, Lagerung, Anwendung und Weiterverbreitung von Atomwaffen. Die Lagerung von den verbliebenen 20 Atomwaffen am Standort Büchel in der Eifel und ihre geplante Modernisierung verstoßen gegen diese freiwillig eingegangenen Bestimmungen.
2. Die nach dem Nato-Doppelbeschluss von der Bundesrepublik Deutschland angenommene „**Nukleare Teilhabe**“ ist ebenso rechtswidrig. Sie sieht vor, dass deutsche Piloten bei einem vom US-Präsidenten erteilten Angriffsbefehl die Atombomben zum Einsatz fliegen sollen. Das verletzt den Atomwaffensperrvertrag, der deutschen Soldaten den Einsatz der Atombombe untersagt.
3. Auch das deutsche **Soldatengesetz**, genannt die Taschenkarte, verbietet den Soldaten den Einsatz von Atomwaffen.
4. Im **Zwei-plus-Vier-Vertrag** 1991 zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und den beiden deutschen Staaten wurde der Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen sowie auf die Verfügungsgewalt darüber bekräftigt. Auch dieser Vertrag wird durch die Bomben in Büchel gebrochen.
5. In dem von den Vereinten Nationen in Auftrag gegebenen **Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes** in Den Haag kamen die Richter am **8. Juli 1996** einstimmig zu dem Urteil, dass der Einsatz von Atomwaffen wie auch die bloße Androhung des Einsatzes alle Bestimmungen des internationalen humanitären Völkerrechts verletzen und grundsätzlich illegal sind. Ihre Wirkung trifft in grenzenlosem Ausmaß die Zivilbevölkerung, auch die der am Konflikt nicht beteiligten Nachbarstaaten. Sie schädigen auch nachfolgende Generationen und machen ganze Regionen auf Dauer unbewohnbar.
6. Überdies hat der Gerichtshof die völkerrechtliche Verpflichtung zur Realisierung **vollständiger atomarer Abrüstung** festgehalten, der nach der Neuausrichtung der Nato zur Option auf begrenzte Atomkriege kein Staat bisher nachgekommen ist.
7. In den humanitären Bestimmungen der **Genfer Konventionen von 1949** und deren **Zusatzprotokoll von 1977** wurde die Verwendung besonders grausamer Waffen verboten. Atomwaffen sind wegen ihrer entsetzlichen Wirkungen als besonders grausam anzusehen. Zudem verbietet das Völkerrecht Kriegseinsätze gegen zivile Ziele, was aber bei den weit streuenden Wirkungen von Atombomben nicht vermieden werden kann.

8. Unter der CDU-FDP-Koalition fasste der Bundestag am 26. März 2010 einen Beschluss, der die Bundesregierung aufforderte, von den USA den vollständigen Abzug der Büchel-Bomben zu verlangen. Der Beschluss wird von der Regierung der CDU-SPD- Koalition übergangen; die Modernisierung der Waffen auf zielgesteuerten Lenkbarkeit hin wird nicht kritisiert.

9. Im Mai 2016 trafen sich in Genf die Nicht-Atomwaffenstaaten, um über erforderliche rechtliche Schritte zur Atomwaffenabrüstung zu beraten. Die Atomwaffen besitzenden Staaten boykottierten das Treffen. Deutschland und andere mit den USA alliierten Länder verteidigten die Atombombe und sprachen sich gegen ein Verbot aus!

Die Bundesrepublik Deutschland, die sich als Rechtsstaat begreift und von ihren Bürgerinnen und Bürgern die Einhaltung von Recht und Gesetz verlangt, darf ihrerseits in ethischen Fragen und bei der Einhaltung eingegangener Verpflichtungen nicht gleich mehrfach internationale Bestimmungen brechen oder im Bundestag getroffene Beschlüsse stillschweigend einkassieren. Das diskreditiert ihre Glaubwürdigkeit und untergräbt die Rechtstreue ihrer Bevölkerung.

In Anbetracht der wachsenden Zahl von Atomwaffenstaaten, der bedrohlichen Entwicklung „handlicherer“ „Mini-Nukes“ und einer NATO-Doktrin, die die Option auf den Ersteinsatz von Atomwaffen festgeschrieben hat, sind Bundesregierung und Bundestag aufgefordert,

- **von den USA den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland zu verlangen,**
- **die Nukleare Teilhabe an NATO-Kriegen aufzukündigen,**
- **in der NATO auf einen grundsätzlichen Verzicht auf Atomwaffen hinzuarbeiten,**
- **sich für die Vernichtung aller Atomwaffen in der Welt einzusetzen.**